



# Pressemitteilung

Stuttgart, 6. Juli 2009

## **SPD: Große Mehrheit der Bürger ist nach repräsentativer Infratest-Umfrage gegen das Zwangs-G 8 - Starker Wunsch der Bevölkerung nach Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9**

**Fraktionschef Schmiedel: „Die Landesregierung macht bei der verkürzten Schulzeit für das Gymnasium Politik gegen die Bürger“**

**Schmiedel: „Koalition muss bei Abstimmung über G 8-plus-Antrag aus Mosbach am Donnerstag dem Willen der Elternmehrheit folgen“**

„Die Landesregierung macht beim Zwangs-G 8 Politik gegen die Bürger“, erklärte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Dies lasse sich jetzt eindeutig anhand einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest-Sozialforschung nachweisen. (Befragte wurden zwischen 20. April und 3. Mai rund 1000 repräsentativ ausgewählte, über 18 Jahre alte Wahlberechtigte in Baden-Württemberg.)

Schon nach einer Eltern-Befragung durch die SPD-Fraktion war die Ablehnung im vergangenen Jahr offensichtlich. Diese Sichtweise wird durch die Umfrage deutlich unterstrichen: **Fünf Jahre nach Einführung des G 8 sehen 70 Prozent der Baden-Württemberger die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium von neun auf acht Jahre als falschen Schritt.** Demgegenüber hat die Landesregierung lediglich 23 Prozent auf ihrer Seite. Selbst unter den eigenen Anhängern der Regierungsfaktionen ist die Ablehnung des G 8 groß: 61 Prozent der FDP-Anhänger sind dagegen und sogar 63 Prozent der CDU-Anhänger. Auch 69 Prozent der SPD-Anhänger lehnen das G 8 ab (siehe Grafik).

„Damit ist klar: Die Gymnasialpolitik von Oettinger und Rau ist auf ganzer Linie gescheitert“, sagte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Wenn die Bürger das Zwangs-G 8 nach den Erfahrungen der ersten fünf Jahre so stark ablehnten, mache das deutlich, dass die Landesregierung hier den völlig falschen Kurs verfolge. „Ihre Politik führte dazu, die Schüler deutlich zu überfordern und das Familienleben unnötig zu belasten“, sagte Schmiedel.

Das verkürzte Gymnasium jetzt wieder vollständig abzuschaffen, hält die SPD-Fraktion allerdings nicht für den richtigen Weg. Die Lösung müsse stattdessen sein, den Eltern die Wahl zu lassen: Wollen sie, dass ihre Kinder das Abitur nach acht oder nach neun Jahren ablegen? Dass das absolut notwendig wäre, zeige erneut die Umfrage. Eindeutiges Ergebnis: **70 Prozent aller Baden-Württemberg würden es begrüßen, wenn eine Wahlmöglichkeit zwischen G 8 und G 9 bestünde.** Das demonstriere erneut, wie sehr die SPD-Politik in dieser Frage dem Wunsch der Bürger entspreche. Erneut folgen auch die Anhänger der anderen Parteien der SPD-Forderung: 61 Prozent der FDP- und sogar 64 Prozent der CDU-Anhänger würden eine solche Wahlfreiheit begrüßen. Bei der SPD stünden 71 Prozent der Anhänger dahinter (siehe Grafik).

„Die Landesregierung muss wenigstens diese Lösung zulassen, wenn sie schon das G 8 gegen die Mehrheit der Bürger eingeführt hat“, sagte Schmiedel. Nur so lasse sich das Gymnasium wieder mit den berechtigten Wünschen von Eltern und Schülern versöhnen. „Wenn die Landesregierung sich weigert, diesen realisierbaren Wunsch umzusetzen, dann tritt sie die Meinung der Bürger mit Füßen“, betonte der Fraktionschef. Ob Oettinger bereit sei, auf die Bürger zuzugehen, werde sich am Donnerstag im Landtag zeigen. Dann bringe die SPD den Wunsch des Gymnasiums aus Mosbach zur Abstimmung. Neben den Pädagogen haben sich drei von vier Müttern und Vätern in der Schule aus dem Neckar-Odenwald-Kreis für ein sogenanntes G 8-plus-Modell ausgesprochen. Damit soll es möglich sein, innerhalb des G 8 einen neunjährigen Zug aufzunehmen. Auch der Gemeinderat Mosbach hat den Schulversuch unterstützt – und zwar einstimmig. „CDU und FDP würden bei einer Ablehnung einmal mehr unterstreichen, dass sie lieber den Vorgaben des Kultusministers folgen als dem berechtigten Wunsch der Eltern“, fügte Schmiedel hinzu.

Die Chancengleichheit spiele für die Landesregierung keine Rolle, erklärte der Fraktionschef. So hätten beim Zwangs-G 8 viele Schüler nur mit Unterstützung ihrer Eltern Erfolg. Diese Hilfe sei aber nur Müttern und Vätern möglich, die selbst nicht arbeiten müssten und daheim bleiben oder sich eine teure Nachhilfe leisten könnten – also eher wohlhabenden Familien. Damit sei das jetzige G 8 ein Mittel, den bisherigen sozialen Status der Gymnasiasten zu zementieren. „Es ist offensichtlich, dass ein Großteil der Bevölkerung die verkürzte Gymnasialzeit auch aus diesem Grund ablehnt“, sagte Schmiedel.

Die SPD hält das G 8 auch angesichts des Umfrageergebnisses für einen zentralen Punkt der Schulpolitik. Die SPD werde deshalb nicht nachgeben, wenn die Landesregierung sich weigern sollte, eine Wahl zwischen G 8 und G 9 zu ermöglichen, sagte der Fraktionschef: „Wir werden stark darauf drängen, dass der Wille der Mehrheit in Baden-Württemberg respektiert wird“, sagte der Fraktionschef.

Dr. Roland Peter, Pressesprecher